

Johannes Schrap.

SPD

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

22. Februar 2019

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

vor 100 Jahren hat mit der Genossin Marie Juchacz das erste Mal eine Frau vor einem deutschen Parlament gesprochen. Dieses historische Ereignis haben wir am Montagabend angemessen gefeiert und an junge engagierte Frauen den Marie-Juchacz-Preis verliehen.

Wir haben in den letzten Jahren große Fortschritte bei der Gleichberechtigung der Geschlechter erreicht. Allerdings sind wir von einer wirklichen Gleichstellung von Mann und Frau noch immer weit entfernt. Eine der größten Ungerechtigkeiten ist die schlechtere Bezahlung von Frauen und deren schlechtere Karriereaussichten im Beruf. Mit zahlreichen Gesetzesänderungen und Initiativen haben wir Verbesserungen erreicht, aber der Weg ist noch weit.

Gut sichtbar ist die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern auch im Deutschen Bundestag und den Landesparlamenten. Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung aber nur 31% der Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Deshalb wollen wir das Wahlrecht ändern und festschreiben, dass die Hälfte aller Listenplätze an Frauen zu vergeben sind, und zwar im Wechsel. Nur so können wir in allen Parteien für eine deutlich bessere Vertretung von Frauen sorgen.

In dieser Woche haben wir zudem den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches geändert. Unser Ziel war es, die Situation betroffener Frauen sowie von Ärztinnen und Ärzten zu verbessern. Das haben wir erreicht. Für betroffene Frauen stellen wir sicher, dass sie die notwendigen Informationen über einen Schwangerschaftsabbruch bekommen können. Für die Ärztinnen und Ärzte schaffen wir Rechtssicherheit, indem wir klarstellen, wie sie über das Angebot eines Schwangerschaftsabbruchs informieren können.

Das sind wichtige Fortschritte, die wir in harten Verhandlungen mit der Union erreicht haben. Unser politisches Ziel bleibt weiter die komplette Abschaffung des Paragraphen 219a StGB. Dafür brauchen wir irgendwann andere Mehrheiten im Bundestag.

Einen Überblick über meine Aktivitäten in den vergangenen Tagen gibt es wie gewohnt auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen.

Euer



Terminauswahl

| 26. Februar 2019 | 18:00—20:00 Uhr

Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins
Coppnbrügge im Dorfgemeinschaftshaus Bantorf

| 27. Februar 2019 | 19:00—21:00 Uhr

Jahreshauptversammlung des Freundeskreises Schloß
Bevern in der Schloßkapelle

| 28. Februar 2019 | 17:00—18:30 Uhr

Festakt auf dem Energy Campus in Holzminden
anlässlich des 125. Geburtstages des Firmengründers
Dr. Theodor Stiebel



Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Gesundheitsdialog des Landkreises
Hameln-Pyrmont
— Prunksitzung des Carnevalsvereins
WeserBrücke e.V.

Seite 3 — Rosenverteilen in Bad Münder
— Mädchen-Zukunftstag 2019

Seite 4 — Themenüberblick Bundestag

Seite 5 — Verleihung Marie-Juchacz-Preis

Seite 6 — Margrit Behrens-Globisch - Unsere
Landratskandidatin für Holzminden

Seite 7 — Pressemitteilung Besuch Rigips

Ihr findet mich auch bei:



GESUNDHEITSDIALOG DES LANDKREISES HAMELN-PYRMONT



In der vergangenen Woche hat der Gesundheitsdialog des Landkreises Hameln-Pyrmont stattgefunden. Während dieses Dialogs wurden Wünsche und Sorgen von Einrichtungs- und Pflegedienstleitungen sowie Pflegefachkräften im Gespräch ausgetauscht. Viele Probleme, die diskutiert wurden, stehen

bereits auf der politischen Agenda— zum Beispiel die notwendige Verbesserung der Situation in der Ausbildung der Pflegeberufe. Die Abschaffung des Schulgeldes ist hier nur ein Aspekt. Ich habe mich deutlich dafür ausgesprochen, dass die Attraktivität der Pflegeberufe verbessert werden muss, dass

dies jedoch nur mit vielen Maßnahmen erreicht werden kann, die sich gegenseitig flankieren: Mit einer adäquaten Bezahlung, mit einem guten und verlässlichen Arbeitsumfeld und mit ordentlichen Arbeitsbedingungen.

Denn die Pflege braucht eine starke Lobby für die Zukunft.

PRUNKSITZUNG DES CARNEVALSVEREINSWESERBRÜCKE E.V.



Letzen Samstag fand die traditionelle Prunksitzung des CarnevalsVereinsWeserBrücke in der Stadthalle in Beverungen statt. Die wochenlangen Vorbereitungen der Sitzung durch die aktiven Mitglieder des Vereins haben sich definitiv gelohnt. Mit beeindruckenden Tänzen, ausgefallenen Kostümen und humorvollen Büttenreden bewiesen die Karnevalisten, dass sie bereit sind für die fünfte Jahreszeit. Danke für den stimmungsvollen Abend, den wir gemeinsam mit mehreren hundert Gästen und den Aktiven des Vereins verbringen durften.

TRADITIONELLES ROSENVERTEILEN MIT DER SPD BAD MÜNDER



Jedes Jahr am Sonntag der „Valentinstagswoche“ verteilt die SPD Bad Münster Rosen in der Deister-Süntel Klinik. Dieses Jahr durfte auch ich dabei sein. Die SPD-Mitglieder des Orsrates haben mit mir gemeinsam den Patientinnen und Patienten eine kleine Freude bereiten können. Eine tolle Aktion! Herzlichen Dank auch an die SPD Bad Münster für die tolle Organisation Verteilaktion organisiert.

MÄDCHEN-ZUKUNFTSTAG 2019



Am 28. März 2019 ist wieder Zukunftstag! Ein Tag, an dem junge Menschen die Gelegenheit haben, Einblicke in verschiedene Berufe zu gewinnen. Bundesweit stehen ihnen die Türen von Unternehmen und Institutionen aus Industrie, Handwerk, Wissenschaft, Politik und Medien offen. Was hat Politik mit mir zu tun? Wie sieht der Arbeitstag von PolitikerInnen aus? Wie ist es eine Rede im

Bundestag zu halten? Ich lade dazu ein, einen Tag lang den Berliner Politikalltag live zu erleben. Da Frauen in der Politik immer noch unterrepräsentiert sind, richtet sich das Angebot des Bundestages speziell an Mädchen.

Die Teilnehmerinnen lernen nicht nur mein Büro kennen: Neben einer Sonderführung durch das Reichstagsgebäude können die Schülerinnen an

einem Planspiel teilnehmen und lernen, wie Gesetze im Bundestag entstehen. Außerdem sollen die Mädchen Einblicke in die Büroarbeit erhalten und die Möglichkeit haben, sich mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auszutauschen. Die Teilnahme an einem Vortrag auf der Besuchertribüne des Reichstages rundet das Programm ab.

Zur Teilnahme am Zukunftstag 2019 muss die Schülerin zwischen 16 und 18 Jahren sein. Das Programm beginnt bereits am 27. März 2019 mit der Anreise der Teilnehmerinnen. Bei Mehrfachbewerbungen entscheidet das Losglück. Bewerbungen sind bis zum 25. Februar 2019, über die Wahlkreisbüros in Hameln und Holzminden möglich unter der Email/ den Adressen:

johannes.schraps.wk@bundestag.de
Heiliggeiststr. 2, 31785 Hameln
Obere Straße 44, 37603 Holzminden

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Kinder und Jugendhilfe weiterentwickeln

In dem Antrag der Koalitionsfraktionen begrüßen wir den im BMFSFJ gestarteten umfassenden Dialogprozess zur Modernisierung der Kinder und Jugendhilfe. Die Kinder- und Jugendhilfe soll in einem transparenten Verfahren weiterentwickelt werden. Dabei soll die Perspektive der Betroffenen und Beteiligten sowie von Familienrichterinnen und -richtern stärker berücksichtigt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Reform der Kinder- und Jugendhilfe vorzulegen.

Vorbereitungen für unregelmäßigen Brexit treffen

Wir haben Gesetzesentwürfe in zweiter und dritter Lesung beraten, die Rechtssicherheit für den Fall eines unregelmäßigen Brexit schaffen sollen. Denn mit einem unregelmäßigen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU enden auch die Regelungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit sowie die Mitgliedschaft im Europäischen Währungsraum (EWR). Mit dem Brexit-Übergangsgesetz gewährleisten wir deshalb sozialen Schutz für Bürgerinnen und Bürger aus dem Vereinigten Königreich bzw. Deutschland, die u. a. Ansprüche in der Kranken-, Pflege-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung erworben und vor dem EU-Austritt

Großbritanniens relevante Zeiten im Sinne der oben genannten Koordinierungsvorschriften zurückgelegt haben. Britische Staatsbürger, die vor dem 30. März 2019 einen Antrag auf Einbürgerung in die Bundesrepublik Deutschland gestellt haben, müssen nicht wie sonst üblich ihre britische Staatsbürgerschaft aufgeben. Umgekehrt verlieren Deutsche, die einen Antrag auf Einbürgerung in Großbritannien gestellt haben, nicht ihre deutsche Staatsangehörigkeit.

Bundeswehr nimmt teil am Digitalfunk

Um auf bereits bestehende Digitalfunk-Erfahrungen aufzubauen und Kosten für den Aufbau einer eigenen Digitalfunk-Infrastruktur zu sparen, soll die Bundeswehr zukünftig mit bis zu 40.000 Teilnehmenden am Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) partizipieren. Um das zu ermöglichen, muss das BDBOS-Gesetz geändert werden, da die neuen Teilnehmenden nicht BOS im Sinne der BOS-Funkrichtlinie sind. Bislang nehmen bereits Teile der Bundeswehr, wie zum Beispiel die Feldjäger, Bundeswehrkrankenhäuser oder die Bundeswehr-Feuerwehr am Digitalfunk teil. Dies soll jetzt weiter ausgebaut werden.

Volkskrankheiten effektiver bekämpfen

Das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung ist zum 1. Januar 2019 in Kraft getreten und definiert die Strategie der Bundesregierung auf diesem Feld. Mit den Fördermaßnahmen des Programms will die Bundesregierung in den kommenden zehn Jahren die bedeutendsten Krankheitsbilder angehen, zukunftssträchtige Methoden und Technologien fördern sowie die Rahmenbedingungen von Forschung verbessern. Zudem stellt das neue Rahmenprogramm die Überführung von Forschungsergebnissen in die medizinische Versorgung in den Mittelpunkt.

Durch eine verstärkte Forschungsförderung will die Bundesregierung Volkskrankheiten noch effektiver bekämpfen. Krebs und psychische Erkrankungen sollen dabei einen Schwerpunkt bilden. Zugleich sollen Gesundheitsinnovationen vorangetrieben und mit Hilfe von Strukturförderungen der Forschungsstandort gestärkt werden.

Mit der Gründung von zwei neuen Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung sollen zudem die speziellen Belange von Kindern und Jugendlichen sowie psychisch Erkrankten mehr Beachtung finden. Forschung und Versorgung sollen in diesen Zentren eng zusammenarbeiten, so dass die Erkenntnisse schnell den Patientinnen und Patienten zugutekommen.

MARIE-JUCHACZ-PREIS 2019 DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION



Vor 100 Jahren – am 19. Februar 1919 – sprach erstmals eine Frau in einem deutschen Parlament: die Sozialdemokratin Marie Juchacz. 100 Jahre ist es her, dass Frauen in Deutschland das Wahlrecht zugesprochen wurde und Frauen erstmals in ein deutsches Parlament gewählt werden durften. Die meisten weiblichen Abgeordneten nach dieser ersten geschlechtergerechten Wahl waren in den Reihen der SPD zu finden. Heute können Frauen mit großer Selbstverständlichkeit wählen gehen und ihr Stimmrecht nutzen. Aber die Chancen von Frauen, tatsächlich in ein Parlament gewählt zu werden, sind auch heute noch deutlich geringer als für Männer. So wurden bei der letzten Bundestagswahl so wenige Frauen ins Parlament gewählt wie seit knapp 20 Jahren nicht mehr. Insgesamt beträgt der Anteil der Frauen im Deutschen Bundestag magere 31 Prozent. Und auch in den Landtagen, noch mehr in den kommunalen Parlamenten, ist es um den Frauenanteil dürftig bestellt. Die SPD-Fraktion hat deshalb in diesem Jahr, anstelle des Otto-Wels-Preises für Demokratie – den Marie-

Juchacz-Preis verliehen. Mit dem Preis würdigte die Fraktion zum einen zwei junge Erwachsene, die eine zukunftsweisende frauenpolitische Rede verfasst haben, wie Marie Juchacz sie heute vielleicht halten würde. Sie zeichnete zweitens zivilgesellschaftliche Projekte aus, die eine bessere politische Beteiligung von Frauen fördern. So wie das Frauenwahllokal aus Potsdam, das den ersten Platz in der Kategorie Engagement belegte. Die Frage was Frauen motiviert, zur Wahl zu gehen oder sich selbst politisch zu en-

gagieren, liegt dem zweiten ausgezeichneten Engagement-Projekt zu Grunde. In der Podcast-Reihe ‚Der lange Weg zur Demokratie für alle - 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland‘ porträtieren die Initiatorinnen generationsübergreifend Bürgerinnen und fragen, was das Frauenwahlrecht für sie bedeutet. Ich habe mich sehr gefreut, dass auch die AWO aus Niedersachsen so stark bei der Preisverleihung vertreten war. Unter anderem mit unserer stellv. UB-Vorsitzenden aus Hameln Isa Grossmann.



LANDRATSKANDIDATIN MARGRIT BEHRENS-GLOBISCH



Am 26. Mai 2019 wird im Landkreis Holzminden parallel zur Europawahl auch eine neue Landrätin gewählt. Bereits im Januar haben die Holzmindener Genossinnen und Genossen beschlossen, dass sie Margrit Behrens-Globisch ins Rennen schicken. Sie tritt als unabhängige Landratskandidatin an, die von der SPD, den Grünen und der UWG im Landkreis Holzminden unterstützt wird. Das Foto mit Sabine Tippelt und mir ist am Rande des Neujahrsempfanges in Eschershausen entstanden. Auch ich werde Margrit im Wahlkampf unterstützen und würde mich freuen, wenn Ihr Euch ebenfalls einbringen möchtet. Meldet Euch gerne bei Matthias Zwiener im UB-Büro in Holzminden.

BETREUUNG DES WAHLKREISES NORTHEIM-EINBECK

Seit der letzten Bundestagswahl ist der Wahlkreis Northeim-Einbeck nicht mehr durch einen SPD Abgeordneten im Bundestag vertreten. Sigmar Gabriel, Thomas Oppermann und ich haben uns darauf verständigt, den Wahlkreis gemeinsam zu betreuen. Da Teile meines Wahlkreises mit Uslar und Bodenfelde auch zum Landkreis

Northeim gehören, habe ich die Betreuung des UB Northeim übernommen. Ich erhalte bereits jetzt viele Einladungen der Ortsvereine und versuche auch immer wieder ein mal vor Ort zu sein. So habe ich natürlich auch Simon Hartmann bei seiner Bürgermeisterkandidatur unterstützt. Daher meine Bitte an Euch: Habt ihr Fragen, Anregun-

gen, oder Probleme die meine Unterstützung benötigen, wendet Euch bitte gern an meine Büros. Falls ihr regelmäßig auch diesen Newsletter erhalten wollt, schreibt uns eine kurze Mail, wir nehmen euch dann gern in den Verteiler auf. Ohne Abfrage dürfen wir nur die SPD Mitglieder im Wahlkreis 46 ansprechen.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva,

SPD Abgeordnete Schrapps und Tippelt besuchen Rigips Werk in Bodenwerder

In Bodenwerder hat der heimische Bundestagsabgeordnete Johannes Schrapps gemeinsam mit Landtagskollegin Sabine Tippelt auf Einladung der Geschäftsführung das Rigips-Werk besucht. Seit 2005 gehört Rigips zur Saint-Gobain-Unternehmensgruppe. Der Global Player hatte mit der Rigips-Übernahme seine führende Marktposition als Baustoffhersteller weiter ausgebaut.

Johannes Schrapps bewertet die Situation beim Vor-Ort-Termin sehr positiv: „Mich freut es ganz besonders, dass Rigips am Standort Bodenwerder in verschiedenen Berufen ausbildet und so dem Fachkräftemangel vorbeugt. Bei aktuell 130 Mitarbeitern wird der Standort damit nachhaltig für die Zukunft gestärkt.“

Auch Landtagsabgeordnete Tippelt zeigt sich beeindruckt: „Es ist schön, ein solch innovatives Unternehmen in der Region zu haben, das sich stetig weiterentwickelt. Mit der Rigipsplatte wird hier ein Qualitätsprodukt hergestellt, bei dem der Markenname als geflügelter Begriff sogar Eingang in den Duden gefunden hat.“

Zuvor war Produktionsleiter Markus Schmitt in einem einleitenden Vortrag auf die Vielfalt der von Saint-Gobain produzierten Bauprodukte eingegangen und hatte die Alleinstellungsmerkmale des Standortes in Bodenwerder betont: „Der Naturgips, der im Werk verarbeitet wird, kommt zum Großteil aus dem Harz. Nach dem Zerkleinern der Gesteine wird in verschiedenen Produktionsprozessen das Produkt hergestellt, wie wir es aus dem Fachhandel oder dem Baumarkt kennen. Neben den Standardprodukten sind wir auch in der Lage, Sonderformate herzustellen. So können wir am Standort eine annähernd oberflächenfertige 2,5 x 6m große Faserplatte für den Fertighausbau produzieren.“

